

Antrag 31/I/2020**AG Migration und Vielfalt LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Schutz des migrantischen Berliner Gewerbes**

- 1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats sowie
 2 der Bezirksämter und die sozialdemokratischen Mitglie-
 3 der des Abgeordnetenhauses und der Bezirksverordneten-
 4 versammlungen werden dazu aufgefordert, migrantische
 5 Gewerbe in Berlin zu unterstützen und sie vor Angrif-
 6 fen zu schützen. Dabei muss ein dialogorientierter Ansatz
 7 verfolgt werden, der rechtsstaatlichen Prinzipien und die
 8 Wahrung des respektvollen Umgangs mit den Gewerbe-
 9 treibenden sicherstellt, indem er:
- 10
 - 11 • bei Gewerbekontrollen, konsequent das Verhältnis-
 - 12 mäßigkeitsprinzip und das Schikaneverbot beach-
 - 13 tet, so dass die Ausübung des Gewerbes nicht unver-
 - 14 hältnismäßig erschwert und der Geschäftsbetrieb
 - 15 nur so gering wie möglich beeinträchtigt wird;
 - 16 • im Fall der Amtshilfe durch die Polizei bei Gewerbe-
 - 17 kontrollen sicherstellt, 1) dass die Kund*innen des je-
 - 18 weiligen Gewerbes nur dann kontrolliert und durch-
 - 19 sucht werden, wenn es einen konkreten Anlass
 - 20 gibt und notwendig ist, 2) die Anzahl von teilneh-
 - 21 menden Polizeikräften weitestmöglich begrenzt so-
 - 22 wie unverhältnismäßige Schnerbewaffnung ausge-
 - 23 schlossen wird, 3) Kund*innen nicht festgehalten
 - 24 und ohne konkreten Anlass kontrolliert werden und
 - 25 4) der Geschäftsbetrieb durch das Polizeiaufgebot
 - 26 nicht unmöglich gemacht oder unverhältnismäßig
 - 27 erschwert wird;
 - 28 • davon absieht, Pressevertreter*innen zu Gewerbe-
 - 29 kontrollen einzuladen;
 - 30 • Materialien ausarbeitet und aktiv verteilt, die loka-
 - 31 le Gewerbetreibende mehrsprachig in den Bezirken
 - 32 über die wichtigsten rechtlichen Regelungen der
 - 33 Gewerbeordnung aufklärt und mehrsprachig kom-
 - 34 petente Ansprechpartner*innen benennt;
 - 35 • Mitarbeiter*innen des Ordnungsamts darin schult,
 - 36 wie Diskriminierung und Racial Profiling im Rahmen
 - 37 der Ausführung behördlicher Aufgaben verhindert
 - 38 werden können;
 - 39 • „Clan-Kriminalität“ als Konzept des Racial Profiling
 - 40 ersatzlos ablehnt;
 - 41 • Die statistische Erfassung der „Clan-Kriminalität“ in
 - 42 der jetzigen Form aufgibt und Straftaten grundle-
 - 43 gend unter Berücksichtigung polizeilich notwendi-
 - 44 ger Kriterien erfasst
 - 45 • Gewerbe vor rassistischen, rechtsextremistischen
 - 46 und antisemitischen Angriffen schützt;
 - 47
 - 48 Das Ziel ist, dass die migrantischen Gewerbetreibenden

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)****Änderung Überschrift:****Schutz des migrantischen Berliner Gewerbes.**

und ihre Kund*innen genauso behandelt werden wie alle anderen Berliner Gewerbe und dadurch zu einem gleichberechtigten Teilhabe und diskriminierungsfreien Klima beigetragen wird.

Begründung

Mehr als 175 sogenannte Verbund- oder Schwerpunkteinsätze haben in Neukölln in den Jahren 2018 und 2019 stattgefunden. Das vorgehen wird auch auf andere Berliner Bezirke ausgeweitet. Bei diesen Einsätzen wurden das Neuköllner Ordnungsamt und andere Behörden bei ihren Gewerbekontrollen im Rahmen der Amtshilfe von häufig über hundert, teilweise mit Maschinenpistolen schwer bewaffneten Polizeikräften begleitet.

Laut Bezirksamt und Polizei sollen bei diesen Einsätzen gleichzeitig Gewerbekontrollen durchgeführt und organisierte Kriminalität bekämpft werden. Das führt dazu, dass Gewerbeverstöße behandelt werden wie schwere Verbrechen. Die Vermischung von gewerblichen Routinekontrollen mit strafrechtlichen Maßnahmen, die im Rahmen der sogenannten Verbunds- oder Schwerpunktseinsätze passiert, ist rechtsstaatlich problematisch und muss in Zukunft vermieden werden. Bei Gewerbekontrollen darf rechtswidriges Handeln nicht unterstellt werden – sondern die Rechtmäßigkeit der Ausübung des Gewerbes soll kontrolliert werden. Bei begründetem Verdacht auf Straftaten kann die Polizei eigenständig tätig werden, sodass nicht wie derzeit Gewerbekontrollen als Vorwand für Polizeirazzien instrumentalisiert werden müssen.

Die rabiaten Einsätze schaden dem migrantischen Gewerbe durch massive Rufschädigung und Umsatzeinbußen. Und sie sind teuer: Über 46.000 Polizeistunden wurden schätzungsweise in Berlin für die Kontrollen aufgewendet, was geschätzte Kosten von mindestens 2.300.000,- € verursacht. Im Verhältnis zu Umfang und Kosten sind die Ergebnisse der Einsätze, die angeblich kriminelle Strukturen oder „Clan-Kriminalität“ bekämpfen sollen, gering. Aber die Erfahrungen von willkürlichen Schließungen, dem gewaltsamen Eindringen von Hundertschaften in Geschäftslokale, dem stundenlangen Festhalten von unbeteiligten Gästen und Massenkontrollen untergraben das Vertrauen der Neuköllner*innen in die Arbeit des Bezirksämter, des Senates und der Polizei. Dass häufig auch die Presse bei den Kontrollen dabei ist und Polizisten mit Maschinenpistolen fotografiert, schafft ein Klima der Angst. So entsteht das Bild, dass ganze Bevölkerungsgruppen und Gewerbebezweige kriminell seien. Der Anschlag von Hanau zeigt, wie eine solche Dämonisierung bestimmte Orte und Gruppen zu potenziellen Zielen von rechtem Terror macht. Die Polizei kann bereits ohne Grund Kontrollen und Durchsuchungen an sogenannten „krimi-

102 naltätsbelastete Orten“ wie z.B. dem Hermannplatz bis
103 hin zum S-Bahnhof Neukölln durchführen. Weitere Kon-
104 trollen müssen deshalb umso mehr verhältnismäßig, fair
105 und verantwortungsvoll sein.

106

107 Mit den willkürlichen Kontrollen werden nicht nur vie-
108 le Geschäfte kaputt gemacht, sondern im Rahmen der
109 „Clan“-Debatte Menschen, die mit Kriminalität nichts zu
110 tun haben, die einen falschen Namen tragen, oder die ein-
111 fach nur als arabisch, türkisch, kurdisch oder migrantisch
112 gelesen werden, unter Generalverdacht gestellt. Das mi-
113 grantische Gewerbe wird außerdem durch die Razzien
114 verdrängt und Berlin weiter gentrifiziert.

115

116 Daher zeigen wir uns solidarisch mit den migranti-
117 schen Gewerbetreibenden in Berlin und unterstützen den
118 Einwohner*innen-Antrag der Initiative ‚Kein Generalver-
119 dacht!‘